

## **Keine Umwandlung des Rheingaugebirges in ein Windindustrialgebiet**

Hintergrund für die Kundgebung am 19.07.2014 auf dem Körberplatz in Stephanshausen (Ortsteil von Geisenheim)

Die Gemeinde Geisenheim hatte sich 2005 mit einem Gutachten über die Möglichkeiten zur Nutzung der Windenergie im Rheingaugebirge/Hinterlandswald sachkundig gemacht und aufgrund des bescheinigten Schwachwindgebietes hiervon Abstand genommen.

Trotzdem hat das Geisenheimer Bauamt ohne Auftrag der Stadtverordneten in 2011 Verhandlungen mit der Firma Juwi aufgenommen, Projektgebiete festgelegt und in Bürgerinformationsveranstaltungen erklärt, dass diese Planungen alternativlos seien.

In der folgenden politischen Debatte wurde statt des angestrebten Prüfverfahrens mit Windmessungen etc. der Abschluss von Pachtverträgen an die Firma Abo Wind umgesetzt. Der Wiesbadener Projektierer hatte als einziges Unternehmen die repräsentative Windmessung angeboten, aber nach Erhalt der Pachtverträge wieder verworfen. Wir wissen heute, dass Mitglieder der Partei B90/Grüne aus Wiesbaden auf Druck des Projektierers Einfluss auf das Geisenheimer Meinungsbild genommen hat. Deutlicher wird dies in der Rede von Herr StvO Theo Barth (ehemals Grün, heute parteilos)

Die Gemeinde hat damit die Fäden aus der Hand gegeben und keine Bürgerbeteiligung oder Transparenz des Prozesses umsetzen können.

In Stephanshausen haben die Bürger das Heft selbst in die Hand genommen und sich in einer Befragung ausdrücklich für die Nutzung der Windenergie im Strommix und bei naturverträglichem Einsatz ausgesprochen. Mit einer Quote von über 90% sprechen sich die Anwohner für diesen Grundsatz aus und sehen gleichzeitig die Rahmenbedingungen vor Ort als nicht erfüllt an.

Dieses Votum wird vom Ortsbeirat, dem Bürgermeister und der Stadtverordnetenvorsteherin bis heute ignoriert. Abo Wind hat in 2013 den Antrag auf Genehmigung nach BimSchG gestellt. Nach Auskunft des RP sind die Antragsunterlagen monatelang unvollständig. Trotzdem propagiert das Unternehmen den Lauf des Prüfverfahrens und erreicht so eine resignierte Haltung in der Bevölkerung. „Da kann man ja eh nichts mehr machen.“

Die BI Naturpark statt Windpark sieht das anders. Ausdrücklich mandatiert durch Ministerpräsident Volker Bouffier mit der Aussage „Wer im Rheingau arbeitet und lebt, ist ausgezeichnet. Bewahren Sie sich diese Landschaft“ und der Zusage, dass die Windräder nicht mit der hessischen Bereitschaftspolizei aufgestellt werden sollen, üben sie nun den zivilen Ungehorsam und richten eine Wachtstation in der unmittelbaren Nähe des betroffenen Waldgebietes ein.

Zur Kundgebung am vergangenen Samstag kamen ca. 400 Teilnehmer. Die Berichterstattung in der Regionalpresse ist insoweit nicht zutreffend. Die hitzigen Diskussionen in den sozialen Medien über die Anzahl der Teilnehmer möchten wir mit ein paar grundsätzlichen Überlegungen kommentieren:

Die Einladung zur Kundgebung erhielten sowohl Befürworter wie Gegner, alle Rheingauer Bürgermeister und die Geisenheimer Stadtverordnetenvorsteherin. Tatsächlich teilgenommen

haben der Bürgermeister Geisenheims (ohne Redebeitrag) und Rheingauer Gegner mit über-regionaler Unterstützung.

Es ist festzuhalten, dass virtuelle Kritik (siehe Onlinekommentare im Wiesbadener Kurier) hier dem persönlichen Engagement gegenübersteht. Wir kommen daher zu folgenden Erkenntnissen:

1. Es schärft sich das Bild zum Konflikt des urbanen Energiehungerers gegenüber weniger besiedelten ländlichen Regionen.
2. Der Bewahrungswille von grünen Inseln durch die ländliche Bevölkerung wird aus urbanen Kreisen nicht geschätzt.
3. Die Heranziehung quantitativer Verfahren ist nicht ausreichend. Eine qualitative Bewertung ist besser geeignet, wenn man eine differenzierte und ausführliche Beschreibung individueller Meinungen und Eindrücke benötigt. Insbesondere zur Sammlung von detaillierten Verbesserungsvorschlägen, zur Erkundung von Ursachen (für Sachverhalte wie beispielsweise Unzufriedenheit) und zur Erstellung von Typologisierungen sind qualitative Methoden ideal.“
4. Die Debatte erfordert einen neuen Stadt-Land-Dialog und geführte Rollenwechsel, um die Befindlichkeiten des gegenteiligen Standpunkts besser verstehen und akzeptieren zu können.
5. Eine Erweiterung der Debatte wie sie z.B. in Büchern „[Die blockierte Demokratie](#) – kulturelle Grenzen der Politik im deutschen Immissionsschutz“ von Carsten Stark oder auch „[Verschwindet die Natur](#) – Die Akteur-Netzwerk-Theorie in der umweltsoziologischen Diskussion“ von Voss/Peucker erläutert werden, ist dringend erforderlich.

Geisenheim, 21 Juli 2014

Sabine Bierfreund für die BI Naturpark statt Windpark